

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. Juni 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 105 Anfrage Widmer Reichlin Gisela und Mit. über die Auswirkungen einer Steuersenkung von 1,6 auf 1,5 Steuereinheiten / Finanzdepartement

Gisela Widmer Reichlin ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Gisela Widmer Reichlin: Der Regierungsrat blickt mit grosser Zuversicht in die Zukunft. Eine Darstellung der Risikoszenarien scheint ihm im Rahmen dieser Anfrage nicht nötig. Dem Kantonsparlament wird nicht eröffnet, mit welchen Szenarien zu rechnen wäre, falls ein Anstieg der Steuereinnahmen ausbliebe. Im Bereich der Naturgefahren gehört die Risikoabwägung selbstverständlich zum Alltag. Eine treffende Analogie habe ich in der Verhaltensempfehlung des Bundes im Naturgefahren- und Hochwasserbulletin gefunden. Dieses lautet: «Dank gezielter Vorbereitung können Opfer und Schäden vermieden werden. [...] Sorgen Sie rechtzeitig vor einem Hochwasser vor und halten Sie Hilfsmittel bereit. Die Gefahrenkarten zeigen, wo in der Schweiz Siedlungen von Naturgefahren wie Hochwasser bedroht sind. Viele Kantone veröffentlichen ihre Gefahrenkarten im Internet.» Hat der Kanton auch im Finanzbereich Sicherheitsvorkehrungen getroffen? Seitens des Regierungsrates wird es zumindest versichert. Der Regierungsrat moniert, dass alle mit an Bord sind, es keine Ertrinkenden gibt und das Schiff auf Kurs ist. Müssen nun wirklich keine Projekte über Bord geworfen werden, um die Grundlast zu verringern, welche durch die Steuersenkung droht? Durch die Steuersenkung von 1,6 auf 1,5 Einheiten müssen wir 85 bis 90 Millionen Franken Mindereinnahmen kompensieren, und dies jährlich. Fehlen uns diese 85 bis 90 Millionen Franken für die wirksame Bekämpfung von Armut oder für Massnahmen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Müssen die Lehrpersonen auf die Umsetzung der angekündigten Massnahmen warten? Müssen wir dadurch den Mindestbeitrag der Prämienverbilligung auf die lange Bank schieben? Beugen wir uns erst 2028 bei der Einsetzung des indirekten Gegenvorschlags zur Prämientlastungsinitiative der Pflicht einer Mindestentschädigung? Die Hochrechnung wird dem Regierungsrat aufzeigen, was vor dem Hintergrund diverser Steuersenkungen finanzierbar ist. Erst der Voranschlag 2025 sowie der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) werden uns Klarheit bringen, ob beispielsweise die dringlichen Personalaufstockungen bei der Luzerner Polizei, der Staatsanwaltschaft und im Justizvollzug umgesetzt werden können, ob Umsetzungen zu Planungsberichten verzögert werden und ob beispielsweise Mittel zur Umsetzung des Energie- und Klimaberichtes fehlen werden. Es ist bedauerlich, dass der Regierungsrat keine Szenarien darlegen kann oder will und unverbindlich bleibt. Der Jahresbericht 2023 stellt die Nachhaltigkeit ins Zentrum. Diese sollte auch weiterhin Richtschnur für die Ausarbeitung des Voranschlags 2025 sowie des AFP

bilden. Für uns stehen Investitionen im Zentrum, die der ganzen Bevölkerung zugutekommen. Dem Ressourcenentzug durch Steuersenkungen sehen wir jedoch weiterhin kritisch entgegen. Wir setzen daher nicht nur auf eine rein wirtschaftliche, sondern auch auf eine soziale, ökologische und nachhaltige Finanzpolitik, sodass wir unseren Kanton auch künftig und mit grossem Stolz vertreten können.

Markus Bucher: In den letzten sechs Jahren hat der Kanton Luzern über 1 Milliarde Franken Gewinn geschrieben. Dies ist aufgrund der erfolgreichen bürgerlichen Steuerstrategie auf eine sehr erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen von juristischen und privaten Personen zurückzuführen. In den letzten beiden Jahren hat der Regierungsrat die zusätzlichen Einnahmen jeweils direkt wieder für zusätzliche Ausgaben verplant. Aus diesem Grund hat eine Mehrheit unseres Rates beschlossen, dem Regierungsrat den Auftrag zu erteilen, eine Reserve in der Höhe eines Zehntels des Steuerbetrags als Reserve einzuplanen, also etwa 90 Millionen Franken. Die Absicht dahinter war, dass die zusätzlichen Einnahmen bei gleichbleibender Entwicklung nicht sofort wieder durch den Regierungsrat verplant werden und unser Rat auch Prioritäten setzen darf. Es war nie die Absicht, eine Sparrunde einzuleiten und schon gar nicht Investitionen zu verzögern, wie diese Anfrage den Anschein erweckt. Der vorliegende sehr erfreuliche Abschluss 2023 und die momentane Wirtschaftsentwicklung zeigen auf, dass die positive Entwicklung der letzten Jahre weitergeht. Somit dürfen wir mit einem AFP rechnen, der die geforderten Reserven ausweisen kann, also so, wie wir es bereits letzten Herbst vorausgesagt haben und es von linker Seite hinterfragt wurde. Die Mitte-Fraktion ist offen für die Verwendung dieses Geldes. Wir haben nie gesagt, dass wir eine automatische Steuersenkung wollen. Aber es ist sicher eine Überlegung wert, ob nach diesen vielen positiven Abschlüssen nicht auch die Zahlenden dieser Gewinne profitieren sollten. Ob aber andere Projekte und Anliegen wichtiger sind und wofür eine allfällig ausgewiesene Reserve eingesetzt werden soll, werden wir in unserem Rat ausdiskutieren und entscheiden. Die Mitte-Fraktion ist mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden.

Samuel Zbinden: Die finanzielle Situation des Kantons Luzern ist seit einigen Jahren sehr erfreulich. Das haben wir auch gestern bei der Beratung des Jahresberichts 2023 zur Genüge gehört. Die Steuereinnahmen sprudeln, der Wirtschaft geht es gut, und der Kanton kann ein Vermögen ansparen. Gleichzeitig stehen in vielen Bereichen massive Herausforderungen an. Dafür wird Geld benötigt, sei es für den Lehrpersonenmangel, die Umsetzung der Pflegeinitiative, eine angemessene Kita-Infrastruktur, den Klimabericht, die Aufstockung des Polizeikorps, zahlreiche Infrastrukturprojekte usw. An vielen Orten machen sich trotz finanziell guter Lage noch immer die Auswirkungen der Luzerner Sparjahre bemerkbar. Der Kanton Luzern bleibt in vielen Bereichen hinter den Herausforderungen der heutigen Zeit zurück. An vielen Orten bleibt der Kanton auch hinter den selbst gesteckten Ziele zurück. Das beste Beispiel dafür ist die aktuelle Veloinfrastruktur. Um dem Problem der zu lückenhaften, nicht familienfreundlichen und nicht genügend attraktiven Veloinfrastruktur zu begegnen, hat unser Rat 1994 das Radroutenkonzept beschlossen. Das Konzept feiert also bereits seinen 30. Geburtstag. Auch 30 Jahre später sind wir mit der Umsetzung massiv in Verzug, fast jeder dritte geplante Veloweg fehlt noch. Die finanzielle Situation des Kantons würde es zulassen, die Hausaufgaben der letzten Jahre zu machen und aufzuholen und die zukünftigen Herausforderungen mutig anzupacken. Dafür ist es aber nötig, dass wir den neu geschaffenen erfreulichen Spielraum nicht wieder einschränken. Wir hätten jedes Jahr 90 Millionen Franken weniger für die Umsetzung dieser Herausforderungen, sei es für das Radroutenkonzept, den Lehrpersonenmangel, den Klimabericht, die Polizei oder Kitas, wenn wir im kommenden Herbst eine Steuerfussenkung beschliessen. Nochmals 180 Millionen

Franken weniger hätten Kanton und Gemeinden jedes Jahr, wenn im Herbst die Steuergesetzrevision angenommen wird. Die Grüne Fraktion möchte den eigenen Spielraum nicht einschränken, sondern endlich mutig in die Zukunft unseres schönen Kantons investieren und die Herausforderungen angehen. Bei der Beratung des AFP und am 22. September 2024 an der Urne haben wir die Chance, gemeinsam dafür zu sorgen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Antwort der Regierung ist ehrlich: Wir sagen zum heutigen Zeitpunkt, was wir sagen können. Aktuell befinden wir uns mitten im AFP-Prozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Deshalb sind unsere Antworten auf die interessanten, wenn auch etwas zu früh gestellten Fragen durchaus etwas unverbindlich. Im letzten Herbst hat Ihr Rat eine Bemerkung zum AFP überwiesen, die wir nicht ausblenden. Im Herbst 2024, bei der Beratung des AFP 2025–2028, werden wir diese Diskussion führen. Zu diesem Zeitpunkt liegen die Fakten auf dem Tisch, und Sie werden die notwendigen Beschlüsse fassen können. Es bringt deshalb wenig, wenn wir uns bereits heute einturnen, das sollten wir erst nach den Sommerferien tun.